

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

№. 496.

für Inhalt und Charakter.

Jahrgang 190.

Druck-Verlagshaus, Breite 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Zweite Ausgabe

Verlagshaus für die Provinz Sachsen, Breite 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Unter den Eichen 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Donnerstag, 22. Oktober 1908.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernburgerstr. 3, Telefon-Num. VIa Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Ziegler in Halle a. S.

### Die Sicherstellung der Privatangehörigen.

Das große deutsch-nationale Reformwerk: die Zukunft aller derer, die ihre Arbeitskraft in den Dienst nationaler, produktiver Tätigkeit stellen, bei eintrittendem Alter oder vorzeitiger Arbeitsunfähigkeit sicher zu stellen, bedarf noch des Ausbaues auf einem sehr weiten Gebiete. Für die unmittelbaren Reichs- und Staatsbeamten, sowie für einen Teil der mittelbaren Staatsbeamten ist schon längst in besser Weise Sorge getroffen. Bei der Regelung der Pension für diese Beamten und deren Hinterbliebenen kann es sich nicht mehr um die Prinzipienfrage der Renteabgrenzung handeln, sondern im wesentlichen nur noch um eine Verbesserung ihrer Pensionsansprüche, wie das in nächster Zeit durch ein neues Militär-Pensionsgesetz der Fall sein wird. Die Pensionsfrage der Geistlichen und Lehrer ist unter dem früheren Kultusminister Dr. Hoffe im wesentlichen ihrer Lösung entgegengeführt, wodurch sich dieser beamtenfreundlichen Staatsmann ein unergänzendes Denkmal in den Kreisen der Geistlichen und Lehrer gesetzt hat. Für die Arbeiterfrage vollends ist durch die Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgesetzgebung in vollkommen ausreichender Weise gesorgt. Dem dieser Arbeiterfrage sind seit dem Jahre 1891 an 916 933 invalide Arbeiter Invalidenrenten und an 406 307 Arbeiter Altersrenten bezahlt. Angehört dieser Arbeiterfrage hat sich bereits die Meinung gebildet, daß für die Arbeiter besser gesorgt ist als für das große Heer der bei Privaten und in privaten Betrieben angestellten Privatbeamten. Es kommt daher nicht selten, daß sich die Unzufriedenheit namentlich auf diesen Kreisen zuwenden würde. Der erste Schritt hierzu ist nunmehr getan.

Am 15. d. Mts. haben auf Veranstaltung des Reichsamtes des Innern Erhebungen über die Privatangehörigen Deutschlands stattgefunden. Das Ergebnis dieser Erhebungen soll der Reichsregierung als vorbereitende Grundlage zur Einführung einer Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangehörigen auf staatlicher Grundlage dienen. Unangenehm wird bei der Bearbeitung der einlaufenden ausgefüllten Fragebogen ein hochinteressantes Material zutage gefördert werden, denn auf dem Gebiete der Renteabgrenzung Privatangehörigen herrscht eine Unübersichtlichkeit, die man annehmen wird. In vielen Betrieben hat man bereits für diese Angehörigen für den Fall der Invalidität gesorgt, allerdings nur unter gewissen Voraussetzungen, insbesondere einer Langjährigkeit, ausdauernden Dienstzeit. Damit wußten die Unternehmer großer Betriebe sich ein treues, zuverlässiges Personal zu sichern. Die Pensionsverhältnisse aber werden hier so, dort so geregelt, anderwärts aber gar nicht. Die meisten derartigen Angehörigen sind auf den Wohlstand angewiesen, denn der heutige Lebensstandard genügt aber eine solche Selbstfürsorge angesichts der großen Bedrohlichkeit des Lebens nicht.

Der allgemeinen grundsätzlichen Regelung der Pensionsansprüche der Privatbeamten werden sich natürlich viele Schwierigkeiten entgegenstellen, denn das private Dienstverhältnis ist ein ganz anderes wie das durch Beamtengehälter und Staatsgrundgesetz geregelte Verhältnis der unmittelbaren Reichs- und Staatsbeamten zum Arbeitgeber. Die Pensionsansprüche der Staatsbeamten gründen sich im wesentlichen auf den Umstand, daß der Staatsbeamte seine ganze Arbeitskraft für seine Lebenszeit in den Dienst des Staates stellt, daß er eine fest umgrenzte wissenschaftliche oder praktische Vorbildung nachweisen und eine oft recht lange Vorbereitungszeit durchmachen muß, während welcher er sich selbst erhalten muß, während welcher er sich bis dahin aber zu einem festen, auskömmlichen Gehalt, einzelne Angehörige werden ausweislich viel höher dotiert als in staatlichen Betrieben. Das gewählte höhere Gehalt schließt oft die Entschädigung für den Befehl einer späteren Pension in sich. Wird jetzt auch den Privatbeamten ein Recht auf Pension zuerkannt, und werden die privaten Unternehmer zu entsprechenden Beiträgen für die Pensionskasse gehalten, so wird sich eine Reform in den Gehaltsverhältnissen, sowie in manchen anderen Beziehungen der Privatangehörigen nicht umgehen lassen.

Eine gute Frucht wird die Regelung der Pensionsansprüche der Privatangehörigen sicher tragen, nämlich die, daß in Zukunft der Übertritt von Staatsbeamten in Privatstellungen und umgekehrt sich leichter vollziehen läßt, als bei den heutigen Verhältnissen. Wenn würden heute manche Staatsbeamten in Privatstellungen gehen, weil sich dem einen oder dem anderen hier mehr Gelegenheit zur Entfaltung seiner Kräfte bietet, als unter der staatlichen Beamtenhierarchie, man wagt aber den Schritt nur ungern, weil mit dem freiwilligen Ausscheiden aus dem Staatsdienst im arbeitsfähigen Alter auch die Pensionsansprüche in Verlust gehen. Nur bei ganz außerordentlichen Fähigkeiten pflegt man den aus dem Staats- in Privatdienst tretenden Beamten eine hohe Kapitalsumme als Abfindung für die verlorenen Pensionsansprüche zu zahlen.

Nach alledem wird man erkennen, daß eine gesetzliche Regelung der Pensionsansprüche der Privatangehörigen von

weittragenden Folgen begleitet sein wird, daß sie aber wünschenswert, ja notwendig ist. Die privaten Unternehmungen werden eine weitere Belastung ihres Betriebes zweifellos tragen müssen, indem werden in mancher Hinsicht den Beteiligten auch wieder Vorteile erwachsen. Von einer Beitragsleistung des Reiches zu den zu errichtenden Pensionskassen dürfte wohl abgesehen werden, wenigstens für absehbarer Zeit.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 22. Oktober.

Den Nationalliberalen zur Erwägung.  
Sehr verständig schreiben die „N. N.“ folgendes: In dem letzten Abgeordnetenhaus gehörten von 433 Mitgliedern 111 den drei liberalen Fraktionen an. Es fehlten diesen nicht nur die absoluten Mehrheit von 217 Stimmen noch 106 Mitglieder. Die sogenannte konservativ-kerlische Mehrheit im engeren Sinne, wozu regelmäßig auch die Polen zählen, belief sich, aus abgesehen von den feineren Fraktionen, auf 257 Mitglieder, zählte also an und für sich über 40 Stimmen mehr als zur absoluten Mehrheit erforderlich sind. Ueberträgt man die Stellung der verschiedenen Parteien in dem jetzigen Wahlkampf im ganzen, so ergibt sich, daß auch nicht entfernt soviel Mandate rechtsstehender Parteien von den Liberalen ernstlich angegriffen werden, wie die Zahl der ihnen zur Mehrheit fehlenden Stimmen beträgt. Insbesondere sind auch nicht einmal soviel Zentrum- oder deutschkonservative Mandate ernstlich umstritten, als die konservativ-kerlische Mehrheit über die zur Majorität erforderliche Zahl hinaus schon besaß. Selbst wenn daher, was doch keinesfalls sicher ist und auch auf liberale Seite nicht mehr erwartet zu werden scheint, der liberale Angriff in allen Fällen von Erfolg begleitet wäre, und dem nicht Verluste in anderen Fällen gegenüberstände, könnte daher wohl eine Verchiebung der Grenzen zwischen den Liberalen und den rechtsstehenden Parteien, nicht aber eine Verringerung in dem Mehrheitsbereich des Abgeordnetenhauses, herbeigeführt werden. Es fragt sich, ob der Nutzen einer solchen für die Mehrheitsbildung nicht wesentlicher Verchiebung der Grenze von rechts nach links die Nachteile überwiegen würde, die der scharfe Wahlkampf der Nationalliberalen gegen alle rechts stehenden Gruppen herbeiführen könnte. Zunächst dürfte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn die konservativ-kerlische Mehrheit der Zahl nach etwa abgenommen werden könnte, reichlich dadurch aufgewogen werden würde, daß das Zentrum und die Konservativen durch die gemeinsame Frontstellung bei den Wahlen nur noch näher aneinandergerückt werden müßten. Doch ein solcher festlicher Zusammenstoß beider für die Erledigung der Aufgaben auf dem Gebiete der Schule oder der Wassertrahnpolitik nach den Wünschen der Liberalen möglichst ungenügend wirken müßte, dürfte kaum bestritten werden können. Weit bedenklicher aber erscheint es, daß durch einen scharfen Kampf bei den preussischen Landtagswahlen zwischen denjenigen Parteien, die im Reichstags zur Wiedererlangung der Koalition und zur Annahme des Zolltarifs zusammengewirkt haben, die Verhältnisgung und das Zusammengehen im Reichstags würde, während doch die großen nationalen Aufgaben zu deren Lösung der Reichstag in der nächsten Legislaturperiode berufen sein wird, ein solches festes Zusammengehen der nationalen Richtungen geradezu geboten erscheinen lassen. Auch ist es sicher angelegentlich des allgemeinen Eingehens der Sozialdemokratie bei den preussischen Landtagswahlen und angesichts der dabei offen und gegebenen Aussicht, dadurch ihre antimonarchischen Bestrebungen zu fördern, nicht eher der höchste Beweis von politischer Weisheit, einen schweren Kampf zwischen den staatsbehaltenden Richtungen herbeizuführen, bei dem die Sozialdemokraten die angenehme Rolle des tertius gaudens spielen. Alle diese Erwägungen führen zu dem Schlusse, daß die Nachteile, welche aus einer scharfen gegenfeitigen Veräufung der staatsbehaltenden Parteien bei den nächsten Landtagswahlen erwachsen würden, schwerer wiegen als die Vorteile einer etwaigen Feindschaft für die Mehrheitsbildung unwesentlichen Verchiebung der Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhaus zugunsten der Linken. Es erscheint daher als ein zwinzendes Gebot politischer Klugheit, den Wahlkampf in Preußen mindestens unter voller Berücksichtigung des Umstandes, daß die streitenden Parteien zu festem Zusammenwirken im Reich berufen sind und demzufolge in Formen zu führen, welche ein solches Zusammengehen nicht erschweren und welche die demnächstige stärkere Betätigung der einenden Momente gegenüber den augenblicklich trennenden nicht unmöglich machen.

### Zur Reform der Zivilprozessordnung im Sachverständigenwesen.

Die Zivilprozessordnung für das Deutsche Reich besagt, daß gerichtliche Sachverständige aus denselben Gründen abgelehnt werden können wie Richter, und daß Richtern dies möglich sein kann wegen Befangenheit der Befangenheit, d. h. wenn Misträuen gegen ihre Unparteilichkeit besteht. Das Recht der Ablehnung von Richtern wie Sachverständigen liegt beiden Parteien zu. Die Entscheidung über die Ablehnung eines Sachverständigen liegt in dem Ermessen des Richters, der die Gründe des Ablehnungsgesuches zu prüfen hat. Feste Normen für die Ablehnung bestehen bisher nicht. Bei der Ausübung, die heute das Sachverständigenwesen, besonders wo es sich um industrielle und technische Fragen handelt, in der Rechtspflege erlangt hat, sind aber schon lange, besonders von industrieller Seite, gewisse Normen für die Ablehnung von Sachverständigen gewünscht worden. Folgender Fall gibt eine Motivierung dieses nicht angereichertergen Wunsches.

In einem vor der III. Kammer für Handelsachen bei dem Landgericht Köln eingehenden Aktenprotokolle hatte die beklagte Firma zwei Sachverständige benannt, welche vom Reichsgericht als Sachverständige ernannt worden waren. Die beiden Sachverständigen waren zur Erhaltung des Gutachtens die gesamten Prozessakten mit den schriftlichen Erklärungen beider Parteien zugestellt worden. Obgleich die Sachverständigen also wußten, welchen Standpunkt beide Parteien einnahmen, haben sie vor der Erstattung des Gutachtens noch von der beklagten Firma sich umfangreiche Informationen geben lassen, von denen die klagende Firma natürlich nichts wußte. Die beklagte Firma sandte sogar einen ihrer Beamten zu dem als Sachverständigen ernannten Professor zur Unterredung nach Stuttgart und ließ denselben außerdem ein 14 Seiten langes Schriftstück zustellen. Der andere Sachverständige trat ebenfalls ohne Wissen des Reichsgerichtes an die beklagte Firma heran und ließ sich von ihr schriftliche Aufklärungen geben. Nachdem die klagende Firma von diesen heimlichen Verhandlungen Kenntnis erhalten hatte, richtete sie ein Ablehnungsgesuch gegen diese beiden Sachverständigen an das Prozessgericht, wurde aber von diesem ebenso wie von dem Oberlandesgericht zu Köln abgewiesen. Beide Gerichte fanden in dem wunderbaren Verhalten der Sachverständigen keinen genügenden Ablehnungsgrund und erklärten, daß die soziale Stellung der beiden Sachverständigen ausreichende Garantie für die Unparteilichkeit derselben biete.

Da die klagende Firma von jenen heimlichen Verhandlungen anfangs nichts wußte, auch später von dem Inhalte derselben nur zufällig etwas erfuhr, bestand für die Sachverständigen aus dem Reichsgericht nur eine Partei, kein solches Verhalten dürfte schwerlich zulässig sein. Die Sachverständigen sind nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung als Gehilfen des Gerichtes anzusehen, die in technischen Fragen dem Richter die nötigen Unterlagen zu seinem Urteil beschaffen sollen. Da es in sehr vielen Fällen ganz unzulässig auf diese Unterlagen ankommt, liegt oft schon die Entscheidung in denselben. Die Sachverständigen müßten sich aber in dem Verkehr mit den Parteien genau dieselbe Zurückhaltung auferlegen wie ein Richter. Ein Richter, der heimlich Verkehr mit einer Partei pflegen würde, würde seine Pflichten schwer verletzen. Eine gerechte Aufhebung könnte ein solcher Verstoß treffen, wenn er vollends mit der einen Partei der anderen Partei Verhandlungen pflegt und sich umfangreiche schriftliche Informationen von einer Partei geben läßt. Es müßte sich der Befehl ergeben, daß bei einem solchen Verfahren der Richter sich für eine Partei mehr interessiert als für die andere. Ganz ähnlich liegt die Angelegenheit bei den Sachverständigen. Es ist ihnen zwar erlaubt, erforderlichenfalls weitere Informationen über die Prozessakten einzuholen, aber nur durch das Prozessgericht und unter Anführung beider Parteien über dieselben Punkte. Ein einseitiger Verkehr eines gerichtlichen Sachverständigen liegt nicht im Rahmen seiner Pflichten.

Die Vorschriften der Zivilprozessordnung bezüglich der Ablehnung eines Sachverständigen müßten also dem modernen Rechtsempfinden entsprechend dahin erweitert werden, daß das Gericht verpflichtet wird, der Ablehnung eines Sachverständigen Folge zu geben, wenn nachgewiesen wird, daß der Sachverständige mit einer Partei ohne Wissen der anderen in näherem Verkehr getreten ist.

\* Zwifache Wähler. Mit Bezug auf den aus Erfurt berichteten Fall der gerichtlichen Freisprechung eines Arbeiters, der zweimal in die Wählerlisten eingetragen war und zweimal sein Wahlrecht ausgeübt hatte, erhält die „N. N.“ folgende Zuschrift: „Wenn die vorläufigen Mitteilungen richtig sind, war der Angeklagte sowohl an seinem Arbeitsorte als an seinem Wohnorte, den er wöchentlich nur einmal Sonnabends zum Besuch seiner Familie aufsuchte, in die Wählerliste eingetragen und wurde angelehnt mit der Begünstigung freigesprochen, daß er nichts unternommen habe, um in beide Listen zu kommen, mithin auch formell im Rechte gewesen sei, wenn er zweimal wählte. Niemand scheint das Gericht angenommen zu haben, daß er zu Unrecht in beide Listen eingetragen worden sei. Dem ist aber nicht so. Nach dem Bericht der Wahlforschungskommission vom 4. Mai 1898 (Nr. 286 der Drucksachen 1897/98) sind Wahlberechtigte mit mehreren Wohnorten an den mehreren Wohnorten in die Wählerlisten aufzunehmen. Wählen können sie nur an einem Orte.“











